

ersten Mitgliedes unserer Partei und Begründers der Nation von Guinea-Bissau, geführt wird, erkämpfte mit Waffengewalt seine Unabhängigkeit und ist heute dabei, eine neue, von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreite Gesellschaft aufzubauen. Aber wir sind uns dessen bewußt, daß diese Aufgabe nicht weniger schwierig sein wird, als es der bewaffnete Kampf um unsere nationale Befreiung war. Dies um so mehr, als wir in einer Welt leben, in der die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen durch Monopole bestimmt werden, die Kapital und Technik beherrschen und den Ländern der sogenannten dritten Welt eine ungerechte internationale Wirtschaftsordnung auferlegen.

Für die Länder der „dritten Welt“ ist die gegenwärtige Lage sehr ernst, und sie verschlechtert sich immer mehr, weil die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer. Viele Länder der „dritten Welt“, auch Guinea-Bissau, stehen vor schwerwiegenden und umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die ihre Existenz als freie und souveräne Nationen in Frage stellen.

Guinea-Bissau unterstützt ohne Vorbehalte die Position der Bewegung der nicht-paktgebundenen Staaten, eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu schaffen, die dem ungleichen Handel, dem Protektionismus, dem Export der Inflation aus den kapitalistischen Industrieländern in die Entwicklungsländer, den Rüstungsausgaben und der Auslandsverschuldung der Länder der „dritten Welt“ ein Ende setzt.

Liebe Genossen und Freunde! Getreu unserer antiimperialistischen und antikolonialistischen Politik unterstützen wir vorbehaltlos den gerechten Kampf der Völker, die in Afrika, Asien, im Nahen Osten und in Lateinamerika gegen Imperialismus, Kolonialismus, Apartheid, Zionismus und gegen diktatorische und faschistische Regime kämpfen. (Beifall.)

Wir sind für das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Völker, für den Frieden und für sozialen Fortschritt.

Unsere Partei und unser Staat, Mitglied der OAU und der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, betrachten die USA-Aggression gegenüber Libyen als eine Bedrohung des Friedens im Nahen Osten und teilen die entschiedene Position dieser Organisationen, daß alle zwischenstaatlichen Konflikte auf friedlichem Wege gelöst werden müssen. Darum verurteilen wir jedwede militärische Intervention gegen souveräne und unabhängige Staaten. Wir appellieren an beide Seiten, alle Möglichkeiten zu nutzen, um unverzüglich den Frieden in der Region zu sichern.

Wir sind tief beunruhigt über die Lage im Süden unseres Kontinents, die sich durch die unnachgiebige Position des Apartheid-Regimes immer mehr verschärft. Dieses Regime stellt eine Herausforderung der internationalen Moral und Gesetzlichkeit dar. Die Weltöffentlichkeit muß ernsthaft Maßnahmen und Sanktionen gegenüber dem Rassenregime von Pretoria anwenden, um unverzüglich den festen Willen der Mehrheit